

Sklavenarbeit heute: SPÖ fordert starkes Lieferkettengesetz!

Am 25. März erinnern die UNO und die SPÖ an die Opfer des transatlantischen Sklavenhandels und fordern Maßnahmen gegen moderne Sklaverei.

Weltweit, Welt - Am 25. März begehen die Vereinten Nationen den internationalen Gedenktag an die Opfer des transatlantischen Sklavenhandels. Dieser Gedenktag, der 2007 von der UN eingeführt wurde, steht in diesem Jahr unter dem Motto: „Die Vergangenheit erkennen, die Gegenwart reparieren, eine Zukunft in Würde und Gerechtigkeit bauen“ und wird von vielen als wichtige Gelegenheit betrachtet, an die brutalsten Aspekte der Geschichte zu erinnern.

Die Außenpolitische Sprecherin der SPÖ, Petra Bayr, insbesondere hebt die brutalen Auswirkungen des transatlantischen Sklavenhandels hervor, bei dem mehr als 15 Millionen Menschen über einen Zeitraum von 400 Jahren versklavt wurden. Sie fordert, das kollektive Erbe dieser Geschichte anzuerkennen, um die tief verwurzelten Systeme der Ausgrenzung und Diskriminierung zu reparieren. Laut **bpb.de** führte der transatlantische Sklavenhandel, auch als „Dreieckshandel“ bekannt, zur Versklavung unzähliger Menschen, die unter unmenschlichen Bedingungen über den Atlantik transportiert wurden.

Moderne Sklaverei weltweit

Obwohl die rechtliche Sklaverei in vielen Ländern inzwischen abgeschafft ist, sind die Grundstrukturen des Handels und der

Macht oft weiterhin vorhanden. Heutzutage leben laut dem Global Slavery Index etwa 50 Millionen Menschen in moderner Sklaverei, eine erschreckende Zahl, die in den letzten fünf Jahren um 10 Millionen gestiegen ist. Diese Zunahme wird vor allem durch globale Krisen und die daraus resultierenden Migrationen begünstigt, die Menschen in verzweifelte Lage bringen.

Die Formen moderner Sklaverei sind vielfältig und umfassen Menschenhandel, Zwangsarbeit und Zwangsehen. Die Daten zeigen, dass Länder wie Nordkorea, Eritrea und Mauretanien die höchste Prävalenz an moderner Sklaverei aufweisen. Allein in Indien leben etwa 11 Millionen Menschen in solchen Bedingungen, gefolgt von anderen Ländern wie China und Russland, während die USA der größte Importeur von Waren sind, die unter Zwangsarbeitsbedingungen produziert werden, wie beispielsweise Elektronikartikel und Bekleidung.

Politische Maßnahmen für eine gerechtere Zukunft

Um gegen diese Missstände vorzugehen, betont Bayr die Notwendigkeit eines starken, durchsetzbaren EU-weiten Lieferkettengesetzes. Ein solches Gesetz wird als zentral für die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung gesehen. Der Druck auf bestehende Regelungen aufgrund bürokratischer Hürden ist besorgniserregend. Die Delegierten sollen sicherstellen, dass die Richtlinie transparent und gut anwendbar ist, um Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.

Initiativen wie die von Walk Free hervorgehobenen Maßnahmen, die auf stärkere Regulierungen abzielen, gewinnen an Bedeutung. Der Appell, moderne Sklaverei in Lieferketten und der grünen Wirtschaft zu bekämpfen, spricht beispielhaft die umfassende Verantwortung an, die viele Industrien tragen. Insbesondere Kinder, vor allem Mädchen, sollen besser durch Bildung und Schutz vor Zwangsehen geschützt werden.

Die Gräueltaten der Vergangenheit mahnen uns, die Gegenwart nicht aus den Augen zu verlieren und eine Zukunft zu gestalten, die auf den Prinzipien der Würde und Gerechtigkeit basieren kann. Nur durch konsequentes Handeln können wir hoffen, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und den betroffenen Menschen endlich eine Stimme zu geben.

Details	
Vorfall	Menschenhandel
Ort	Weltweit, Welt
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.bpb.de• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at